

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
werte Gäste,**

ich begrüße Sie hier in der Friedhofshalle zu unserem Gedenkkonzert anlässlich des diesjährigen Volkstrauertages.

Wir haben uns hier versammelt, um der Menschen zu gedenken, die in der Vergangenheit wie auch in unserer Gegenwart, Opfer von Krieg und Gewalt wurden, und um uns zu fragen, was wir heute für Frieden, Freiheit und die Wahrung der Menschenrechte tun können.

Der Volkstrauertag ist ein Tag stillen Gedenkens, ein Tag des Innehaltens und der Mahnung.

Gedenken, meine Damen und Herren, ist nicht nur auf die Vergangenheit gerichtet.

Gedenken bezieht sich auch auf die Gegenwart.

Denn Erinnern bedeutet nicht nur, um Menschen zu trauern, die man verloren hat, oder Verluste durch Krieg und Diktatur zu beklagen, sondern auch, Schlüsse aus dem Vergangenen zu ziehen und sie auf das Heute anzuwenden.

Und gerade in der heutigen Zeit, ist dieses Rückbesinnen wichtiger denn je.

Vor drei Jahren, bei meiner Rede zum Volkstrauertag 2015, habe ich all jenen gedankt, die sich, auch in Lauchringen, in Zeiten der Flüchtlingskrise, auf verschiedenste Weise für diese Menschen engagiert haben.

Denen das Schicksal der Menschen, die vor Bürgerkrieg und Verfolgung, vor Terror oder bitterster Armut geflohen sind, nicht gleichgültig war.

Und heute, drei Jahre danach?
Was ist aus dieser „Willkommenskultur“ geworden?

Lange Zeit haben in unserem Land vor allem soziale und ökonomische Themen die politischen Auseinandersetzungen bestimmt.

Aber seit einigen Jahren sind Konflikte immer wichtiger geworden, die im Zuge der Globalisierung und der Integration entstanden sind.

Das Problem ist, dass diese Konfliktlinien quer durch die Gesellschaft laufen.

Wir erleben aktuell in unserer Zivilgesellschaft das Entstehen neuer, rechter Bewegungen, die ganz offensichtlich andere Ziele verfolgen als die, die wir in den vergangenen Jahren als „zivilgesellschaftlich“ bezeichnet haben.

Unsere Gesellschaft hat sich verändert.

Oft hören wir, gerade im Alltag, Sätze wie, „Ich hab nichts gegen Ausländer, aber...“

oder die Steigerungsform „Ich bin ja kein Nazi, aber...“

oder auch ein „Man wird ja wohl noch sagen dürfen, dass...“

solche Sätze nehmen selten ein gutes Ende...

Oft werden sie mit Worten wie „...was zu viel ist, ist zu viel“, oder „...der Staat tut mehr für die Ausländer als für uns“ vervollständigt.

Wir wissen auch, dass viele dieser Leute tatsächlich nicht unbedingt als Nationalsozialisten einzustufen sind, aber wir müssen uns auch überhaupt nichts vormachen, ein nicht unerheblicher Teil hat Vorurteile gegen Ausländer und scheint gar nicht zu merken, was sie da sagen.

Äußerungen, die vor gar nicht allzu langer Zeit eindeutig dem rechtsaußen stehenden Lager vorbehalten waren, werden heute von „Besorgten Bürgern“ getätigt, die sich der politischen Mitte zugehörig fühlen.

Und mitunter auch aus dieser ihren Applaus beziehen.

Der Versuch, das zu ignorieren, war in den letzten Jahren eher wenig erfolgreich – im Gegenteil, er hat der aktuellen Entwicklung Vorschub geleistet.

Dieses Land hat sich verändert, im Ton, in den Worten, die benutzt werden, um sich über Fragen zu verständigen.

Und Gesellschaft formt sich ja durch Sprache, durch Geschichten, durch ideologische Erzählungen.

Und irgendwann ist der Übergang eben fließend und aus wenigen Vorurteilen entsteht eine rassistische Denkweise, von der wir dachten, es gäbe sie seit 70 Jahren nicht mehr.

Es liegt an uns, Verantwortung für unser eigenes Denken und Handeln zu übernehmen, Äußerungen zu hinterfragen und zu reflektieren, und damit gegen Rassismus anzukämpfen.

Denn Schuld haben eben nicht immer die anderen.

Viel wird bei den neuen Rechten auch vom “kritischen Denken” gesprochen.

Man solle sich nicht vom “Mainstream verdummen” lassen.

Stichwort „Lügenpresse“. Und dieses ständige Hinterfragen von Institutionen wie den Parteien, den Regierenden oder den Medien, führt irgendwann zu einem Vertrauensverlust in das Gemeinsame.

Und genau das wollen die Fremdenfeinde von heute erreichen.

Leider verlaufen die politischen Konfliktlinien heute vollkommen anders. Niemand hätte je daran gedacht, dass die liberale Demokratie in Deutschland ernsthaft gefährdet wäre.

Mittlerweile werden oft nur noch Angstdiskussionen geführt mit einem Abschottungsvokabular.

Offenheit, Hoffnung, Mitgefühl, davon wird kaum noch gesprochen.

Was sich seither herausgebildet hat, ist der Begriff eines starken und ausgrenzenden Wir, eines nationalen und egoistischen Wir, das nicht daran denkt, Wohlstand etwa zu teilen oder über Gerechtigkeitsfragen anders zu reden als über Besitzfragen.

Es ist ein Wir, mit dem sich Neid- und Angstdebatten führen lassen.

Was sich hier formt, ist ein neuer alter Begriff von Staat, der stark sein soll und auf Sicherheit gebaut ist, eine Schicksalsgemeinschaft

- keine offene oder emanzipatorische Struktur,
- keine Gerechtigkeitsgemeinschaft, was in Zeiten zunehmender Ungleichheit möglicherweise die sinnvollere Diskussion wäre.

Ein Staat also, der im Zweifelsfall die demokratischen oder humanitären Traditionen aufgibt und sich auf das Wohl der Bürger konzentriert.

Wollen wir das? Was also kann man tun?

Vielleicht ist es an der Zeit, dass wir uns wieder schützend vor jene Institutionen stellen, die unseren Staat am Laufen halten. Auch die zweifelsfrei demokratischen Parteien haben mehr Zuspruch verdient, als sie gerade bekommen.

Auch müssen wir uns Immunisieren gegen billige Parolen, die Menschen anderer Herkunft, Religion oder Hautfarbe abwerten.

Wir müssen aufmerksam sein und entsprechend handeln. Keiner kann sich aus der Pflicht nehmen. Jeder ist gefordert!

Am Arbeitsplatz, in der Schule, im Verein, vor allem in der Familie – das sind die Orte, wo im Alltag Meinungsbildung erfolgt, wo Gutes oder eben Schlechtes entsteht.

Zuhören, dem anderen verstehen helfen - wenn man merkt, der hat sich verirrt.

Und nicht selber mauern, blockieren, aufgeben. Manchmal muss man jemanden dort, wo er gedanklich ist, abholen und Brücken bauen.

Gerade jetzt müssen wir umso mehr Engagement an den Tag legen für ein gelingendes Miteinander.

Und wir wissen, dass wir das können. Die Geschichte zeigt es uns:

Die Deutschen haben nach dem Zweiten Weltkrieg mit tatkräftiger und finanzieller Hilfe aus dem Ausland und später einem Heer von sogenannten Gastarbeitern, eine der erfolgreichsten Wirtschaftsnationen der Welt aus den Trümmern des "Dritten Reichs" aufgebaut.

Die Deutschen haben nach der Wende von 1989 einen Billionen-Euro-Transfer von West nach Ost gestartet und nach dem Wirtschaftswunder der 1950er Jahre ein zweites Wunder geschafft.

Die Deutschen gehen mit einer Selbstverständlichkeit Probleme an, um die uns größere Teile der Welt beneiden.

Und doch ist unserer Generation viel zu wenig bewusst ist, was für ein Glück es ist, von Krieg, Leid und Hunger verschont geblieben zu sein.

Es wird nicht wertgeschätzt, dass wir Gefahren um Leib und Leben nicht erfahren müssen, dass wir in Frieden und Freiheit leben dürfen!

Es kann nun doch nicht sein, dass wir nach 70 Jahren Bundesrepublik Deutschland, nach Wirtschaftswunder, nach der Aussöhnung mit Israel, Frankreich, Polen und den anderen Völkern der Welt,

nach Deutscher Einheit, nach 70 Jahren Frieden, nach europäischer Integration und nach der Übernahme von mehr Verantwortung in der kleiner gewordenen Welt, den Mut verlieren!

Wir müssen gemeinsam an einer besseren Zukunft arbeiten.
Denn das ist das, was uns alle verbindet.

Angst ist der falsche Ratgeber!

Wir müssen zurückschauen auf die Schrecken der Kriege, aber auch voraus auf die Bewahrung von Frieden, Demokratie und Menschenrechte.

Das bringt uns keinen einzigen Gefallenen zurück, aber es kann verhindern, dass die nächste Generation wiederum Gefallene beklagen muss.

Für die heutigen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, ist Europa, im Gegensatz zu dem, was gelegentlich behauptet wird, nicht das Problem, sondern es muss die Lösung sein.

Nicht Zäune, Mauern und Stacheldraht helfen uns voranzukommen.

Wir müssen auch die Mauern in unseren Köpfen abbauen.

Wir müssen uns kennenlernen, Freundschaften schließen, nur so können solche Mauern gar nicht erst entstehen.

Nur so können wir erkennen, dass Europa nicht nur einen Preis hat, sondern auch einen Wert!

Einen Wert von dem unsere Bürger täglich profitieren: durch mehr Freiheit, mehr Wohlstand, mehr Sicherheit.

In der Hoffnung, dass uns allen dies gelingt, darf ich Sie nun bitten, sich zu erheben und mit einer Schweigeminute der Opfer von Krieg und Gewalt zu gedenken.